



Essay

›The long global war‹ und die Schweizer Linke

›Erhaltung und Ausbau der riesigen Militärmaschinerie lassen nur einen Schluss zu: mit ihr sollen wichtige Rohstoffgebiete und strategische Schlüsselgebiete dieser Erde kontrolliert und schlussendlich die Weltherrschaft erlangt und erhalten werden.«

Albert A. Stahel, Professor an der Militärakademie der Universität Zürich¹

Es war ausgerechnet die von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) herausgegebene ›Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift‹ (ASMZ), die den Quadrennial Defense Review Report (QDR), den das US-amerikanische Verteidigungsministerium im Februar 2006 veröffentlichte, am kritischsten vorstellte. Der Report selber spricht über weite Strecken Klartext. So hält der Herausgeber, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, unter dem Titel ›The Long Global War‹ unmissverständlich fest, worum es bei diesem geht: ›Dieser lange globale Krieg dient dazu, unsere Nation und ihre Interessen auf dem ganzen Globus auf Jahre hinaus zu verteidigen.« Der neue Doppelbegriff ›Long and global war‹ soll den bisherigen Begriff ›War on terror‹ ablösen, der wegen des Irakkriegs, Abu Ghraib, Guantanamo, Haditha und so weiter in Verruf geraten ist.

Zum lange dauernden und weltumfassenden Krieg gehören auch humanitäre Aktionen. Im QDR steht darüber in knappem Englisch: ›They also demonstrate the goodwill and compassion of the United States.« Oberstleutnant Stahel meint dazu in der ASMZ ebenso lakonisch: ›Zu den weiteren Massnahmen gehört die humanitäre Hilfe, die sich im Sinne der Public Relations gut einsetzen lässt.«

Blut für Öl

Übrigens sprechen auch die Strategiepapiere der Nato und der Europäischen Union (EU) eine viel ehrlichere Sprache, als man aufgrund der öffentlichen Rhetorik über Menschenrechte, Demokratie und Friedensförderung annehmen könnte.

Josef Lang

1954. Dr. Phil. Historiker, Nationalrat Alternative Kanton Zug, Vertreter der Grünen Fraktion in der Sicherheitspolitischen Kommission, GSoA-Vorstand, VPOD-Mitglied.

So liest man in einer Studie, die die EU-Regierungen vor zwei Jahren beim EU-finanzierten Institute for Security Studies (ISS) in Auftrag gaben: ›Künftige regionale



Essay

Konflikte könnten europäische Interessen tangieren (...), indem die Sicherheit und der Wohlstand Europas direkt bedroht werden. Beispielsweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder eine massive Erhöhung der Energiekosten und die Störung der Handels- und Warenströme.« Wie das konkret vor sich gehen könnte, illustriert folgendes Szenario: »In einem Land X, das an den indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.« In einem solchen Fall sei es das Ziel, »das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes X zu erhalten« (ISS, 2004). Die EU baut für solche Operationen eine Eingreiftruppe von bis zu 69'000 Soldaten sowie kleinere Kampfverbände (battle groups) auf. Da sie nicht damit rechnet, dass die UNO diese Neuauflage der altkolonialistischen Kanonenbootpolitik sanktionieren wird, verzichtete sie beispielsweise in der gescheiterten Verfassung wohlweislich auf ein UNO-Mandat (Luzi/Lang 2005).

Wechselt man von den häufig für die interne Meinungsbildung bestimmten Papieren der Militärs zu den ›humanitär-militärischen‹ Positionstexten (links-)helvetischer Provenienz, geht es einem wie bei einem abrupten Wechsel von der Theorie- zur Märchenstunde, wo das Wünschen das Sagen hat. Wer nach bald fünf Jahren Afghanistankrieg, nach gut drei Jahren Irakkrieg und nach fast sieben Jahren Kosovobesetzung immer noch glaubt, es ginge beim militärischen Interventionismus der USA und der Nato um Demokratie, Terrorbekämpfung oder Verteidigung der Menschenrechte, setzt sich mindestens nicht dem Verdacht aus, Realpolitikerin oder Realpolitiker zu sein.

Nehmen wir als Beispiel den Kosovo, der seit dem völkerrechtswidrigen Nato-Krieg unter den Augen der so genannten Schutztruppen praktisch zigeunerfrei gesäubert worden ist. Von den einst 130'000 Roma wurden seit 1999 mehr als 100'000 vertrieben und verdrängt. Da sie im Unterschied zur serbischen Minderheit über keine Macht verfügen, dürfen sie nicht einmal an den von der Schweiz angeregten Statusverhandlungen teilnehmen (Lang 2006).

Das Militärische verschlingt das Humanitäre

Das Tragische an der humanitär-militärischen Symbiose ist die Tatsache, dass das Militärische das Humanitäre verschlingt. So sahen sich die Médecins sans Frontières vor zwei Jahren gezwungen, Afghanistan zu verlassen, nachdem sie 24 Jahre lang unter den Sowjets, den afghanischen Warlords und den Taliban gewirkt hatten. Die USA, aber auch die Nato verunmöglichten mit ihrer Vereinnahmung des Humanitären dem



Essay

angesehenen und unabhängigen Hilfswerk das Arbeiten. Im Juni 2006 griffen junge, bis dahin als prowestlich geltende Tadschiken nach einem Verkehrsunfall in Kabul, den ein US-Konvoi provoziert hatte, nicht nur die Militärs, sondern auch die zivilen Nichtregierungsorganisationen (NGO) an. Dabei rächte sich deren mangelnde Distanz zu den Besatzungstruppen.

Für die deutsche Historikerin und Friedensforscherin Corinna Hauswedell steht fest, »dass die Dilemmata und Ambivalenzen, die mit der begrifflichen Ausweitung von Sicherheit auf nichtmilitärische Felder einerseits und mit der Strapazierung eines humanitären Interventionsethos andererseits einhergehen, unterschätzt wurden.« Hauswedell weist unter anderem darauf hin, dass die Verbindung unterschiedlicher Sicherheitsdiskurse zur Folge hat, dass »der klassische Sicherheitssektor des Militärs wie ein Magnet auch die nichtmilitärischen Aufgabenfelder« an sich zieht. Und dass »unter Berufung auf humanitären Handlungsbedarf eine völkerrechtliche Beliebigkeit« einreißt, »die militärischen Lösungen den Vorrang vor den mühsameren zivilen, vor allem präventiven Strategien einräumt« (Hauswedell 2006).

Heute muss festgestellt werden, dass das ›humanitäre Interventionsethos‹ mitverantwortlich ist für die neuen Rekordausgaben zugunsten des Militarismus. Im Jahre 2005 überstiegen die weltweiten Ausgaben für Armeen und Kriegsmaterial erstmals seit Ende des Kalten Krieges die Marke von einer Billion US-Dollar. 40 bis 60 Milliarden, also rund ein Zwanzigstel davon, wären laut der Weltbank nötig, um die Millenniumsziele der UNO zu erreichen und die Armut auf der Welt zu halbieren.

Die Hauptziele des globalen Neomilitarismus

Der globale Neomilitarismus, der den Kalten Krieg ablöste, verfolgt sechs Hauptziele. Das zeigt ein nüchterner Blick auf die letzten zehn Jahre. Das erste ist die Sicherung der Rohstoffquellen und -routen. Das zweite ist die strategische Kontrolle über die beiden aufsteigenden Wirtschaftsmächte China und Indien. Wenn es gelänge, über eine globale Hegemonie die Eliten der beiden Ländern, die selber nur über wenige Rohstoffe verfügen, einzubinden und notfalls zu erpressen, wäre es sogar möglich, von den dortigen Heeren an billigen Arbeitskräften zu profitieren. Drittens geht es darum, Migrationsströme mit militärischen Mitteln abzufangen. Mit genau diesem Argument begründete anfangs Juli 2006 der VBS-Botschafter Raimund Kunz die Entsendung von Schweizer Soldaten nach Afrika. Mit grosser Wahrscheinlichkeit dürfte, verursacht durch den Klimawandel, in Zukunft eine der grössten Völker-



Essay

wanderungen in der Geschichte der Menschheit auf uns zukommen. Das Pentagon berücksichtigt bereits heute in seinen Planungen entsprechende Szenarien (Altvater 2005).

Der vierte, in der Schweiz besonders leicht sichtbare Beweggrund für Auslandeinsätze liegt in der Relegitimierung von Armeen, die seit dem Ende des Kalten Kriegs unter einem grossen Sinndefizit leiden. Der fünfte sind die Profite der Rüstungskonzerne. Tatsächlich wurde in den 1990er-Jahren der für die Osterweiterung der Nato zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsiert. Last but not least dient die Militarisierung der Aussenpolitik und die damit verbundene Spannungsstrategie der innenpolitischen Disziplinierung von Gesellschaften, die immer komplexer und unübersichtlicher werden. Die Angst vor dem Zerfall der Gesellschaft und der Drang, ihn über die Heraufbeschwörung starker Feindbilder zu bannen, gehört zu den konservativen Urreflexen.

Das wichtigste neue Feindbild nach dem Untergang der Sowjetunion ist der Islam. Wie früher der Antikommunismus, dient die Muslimfeindlichkeit der Festigung der bürgerlich-kapitalistischen Macht im Inland und deren Ausweitung im Ausland. Die Islamophobie ist, wie der Judenhass, eine alte abendländische Erblast und verbindet sich gerade bei den klassischen Trägern des Antisemitismus mit einer unkritischen Unterstützung Israels. In ihren Augen trägt Israel – ähnlich wie bis vor wenigen Jahren Südafrika – »the white man's burden« (die Last des weisen Mannes) in einem dem Abendland »feindlich« gesinnten Umfeld. Das Tragikomische an dieser Konstellation liegt darin, dass den konservativen Abendländern bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die Juden als Abkömmlinge wenn nicht gar Agenten eines fremden Morgenlandes galten.

Nato-Sonderbund entmachtet UNO-Völkerbund

Der Übergang vom antikommunistischen, durch die Auflösung des Warschauer Paktes desolat gewordenen Altmilitarismus zum globalen Neomilitarismus ist einen kurzen Rückblick wert. Die Implosion der Sowjetunion hatte für die USA und ihre Nato zwei Folgen: Einerseits war die Letztere von der Legitimationskrise der Armeen besonders betroffen, weil sie ihre Existenz immer mit der des Warschauer Paktes begründet hatte. Andererseits bot sie den USA die Chance, die militärische Macht imperial auszuweiten. Um die Chance wahrzunehmen, bot sich der grossserbische Tyrann Milosevic gleichsam als diabolus ex machina an. Am Anfang des Balkankrieges standen eine UNO und eine OSZE, die dank ihrer Rolle bei der friedlichen Auflösung des Ostblocks ein hohes



Essay

Ansehen genossen, was sie für die Nato umso gefährlicher machte. Am Schluss standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg, die Verwandlung der Nato in ein globales Offensivbündnis und die Marginalisierung der UNO.

Der US-amerikanische Sicherheitsexperte Robert Kagan schrieb in seinem neokonservativen Kultbuch ›Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung‹, dass »die Existenzfähigkeit des Bündnisses« zu den »Hauptzielen der amerikanischen Intervention« im Kosovo gehört habe, »so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien« gewesen sei (Kagan 2003). In Begriffen der Schweizer Geschichte ausgedrückt: Der Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten hat innert eines Jahrzehnts den Bund der Völker militärisch ausgebootet. Der völkerrechtswidrige Irakkrieg vier Jahre später war eine Folge dieser Fehlentwicklung.

Das Schlüsselmoment dieser Fehlentwicklung war der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995. Bereits im Mai 1992 erteilte die Nato der Forderung von UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali, die UNO mit ausreichenden Kapazitäten für Operationen unter Führung des Sicherheitsrates auszustatten, im Geheimdokument MC 327 eine klare Absage. Das vom Nato-Militärausschuss ausgearbeitete Konzept beinhaltete im Wesentlichen vier Punkte:

- a) Interventionen nur dort, wo es um eigene Interessen geht (also nicht in Ruanda)
- b) die völlige militärische und politische Kontrolle der Nato über den Einsatz
- c) von Nato-Staaten gewonnene Aufklärungserkenntnisse werden nicht an die UNO weiter gegeben
- d) die Nato bestimmt, wann und zu welchen Bedingungen ein vom Sicherheitsrat beschlossener Einsatz beendet wird.

In dieser zynischen Logik lag der Hauptgrund für das vermeintliche ›Versagen‹ der UNO bei der Verteidigung von muslimischen Enklaven wie Srebrenica und Zepa, die dem Dayton-Abkommen ohnehin im Weg standen (Zumach 2000).

Militärgesetz und UBS-Geheimspende

Selbst Linke glaubten die Lüge vom Versagen der UNO und unterstützten deshalb die Nato. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass sich die Mehrheit von ihnen vor und nach den Interventionen herzlich wenig um die Menschen und die Wirklichkeiten auf dem Balkan kümmer-



Essay

te. Wo bleibt heute der Protest der »humanitären InterventionistInnen« gegen die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo? Dass 60 Prozent der Linken im Juni 2001 für die militärischen Auslandseinsätze stimmten und damit für die knappe Annahme der Gesetzesrevision den Ausschlag gaben, ist – abgesehen vom innenpolitischen Anti-Blocher-Reflex – nur mit dem Balkankrieg erklärbar. Nach dem Irakkrieg und vor allem unter dem Eindruck der Antikriegsbewegung hätte das Gesetz in der Linken und damit an der Urne nicht mehr den Hauch einer Chance.

Das ändert nichts daran, dass das Ja zur Militarisierung der Aussenpolitik zu den grössten politischen Irrtümern der Schweizer Linken seit dem zweiten Weltkrieg gehört. Es ist bezeichnend, dass es mit einem bedenklichen ethischen Fehltritt verbunden war. Dass das linke Ja-Lager, das kurz zuvor im Nationalrat die Deklaration aller Parteispenden über 5000 Franken verlangt hatte, die 100'000-Franken-Geheimspende einer Grossbank angenommen hatte, ist bis heute nicht kritisch verarbeitet worden. Auch die Frage, worin das Interesse einer Union de Banques Suisses liegt, Schweizer Truppen ins Ausland zu entsenden, wurde bislang nie ernsthaft diskutiert (Lang 2001).

Die Schweiz und ein Teil der Linken haben sich mit dem Ja zu militärischen Auslandseinsätzen zu Gefangenen des »Long global war« gemacht. Ein Beispiel dafür ist das, was der freisinnige Ständerat Dick Marty, EU-Sonderermittler in Sachen CIA-Flüge und Geheimgefängnisse, den »servilen Gehorsam« des Bundesrats gegenüber den USA nennt. Interessant ist auch die Beobachtung, die die beiden Sonntagsblick-Redaktoren Beat Jost und Sandro Brotz nach der Publikation der ägyptischen Faxmeldung gemacht haben: »Völlige Funkstille herrscht dagegen bei der SP, die in der Vergangenheit im Kampf gegen Schnüffelstaat, Geheimdienste und Armee stets die Musik gemacht hatte. Jetzt verhält sie sich auffallend ruhig.« (Brotz/Jost 2006).

Die weitgehende, dank Einzelkämpfern nicht vollständige Funkstille passt bestens zum Antrag der SPS-Geschäftsleitung, die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte nicht zu unterstützen. Das ausschlaggebende Argument hatte gelautet, die Schweiz dürfe ihren »Partnern« nicht die Waffen verweigern. Der wichtigste Waffenkäufer, Deutschland, braucht die Waffen heute in Afghanistan und morgen in anderen, für die Rohstoffsicherung vitalen Gegenden, beispielsweise im Sudan oder am indischen Ozean. Dänemark, das die Verbindung von globalem Neomilitarismus und Muslimfeindlichkeit besonders stark verkörpert und inzwischen zum wichtigsten Kriegsmaterialkunden der Schweiz aufgestiegen ist, braucht die Waffen im Irak.



Essay

EU-Ausnahme nur für Franken, nicht für Frieden?

Die SP-Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2006 in Delémont unterstützte die Volksinitiative hingegen haushoch. Das zeigt, dass der sozialdemokratischen Basis eine zivile Friedenspolitik wichtiger ist als die indirekte oder direkte Unterstützung des Krieges gegen den Terror. Schon im Jahr zuvor hatte die grosse Mehrheit der SP-Fraktion im Nationalrat das für Auslandseinsätze notwendige Transportflugzeug abgelehnt, was erstmals zum Absturz des ganzen Rüstungsprogramms führte. Beide Vorfälle zeigen, dass sich die Kräfteverhältnisse und die Grundstimmung stark verändert haben. Das ist um so wichtiger, als es nur mit einer Mehrheit von SP-Fraktion und SP-Basis gelingen wird, die viel weiter gehenden Pläne und Absichten der Armeespitze und des VBS zu durchkreuzen. Diese wollen mit Schweizer Truppen an Nato- und EU-Einsätzen in Afghanistan, Afrika und anderswo mitmachen. Dazu müssen sie sich von den lästigen Fesseln, die sie früher aus abstimmungstaktischen Gründen akzeptierten, befreien. In einem ersten Schritt wollen sie die einst hoch gehaltene Freiwilligkeit abschaffen und damit die Wehrpflicht ausweiten. Die SP müsste ihr militärpolitisches Ziel – die Abschaffung der Wehrpflicht – verraten, um dem Ausland-Obligatorium zur Mehrheit zu verhelfen.

In einem zweiten Schritt wollen die Militärs und ihre PolitikerInnen das UNO-Mandat für Auslandseinsätze abschaffen, weil sich weder die Nato noch die EU daran halten. Und drittens wollen sie das Verbot auf die Beteiligung an eigentlichen Kampfhandlungen aufheben. Hier könnte die argumentative Logik, wie sie die sicherheitspolitische Sprecherin der SP besonders stark vertritt, gefährlich werden: dass es nämlich ›un-solidarisch‹ sei, den Einsatz von Truppen beispielsweise in Afrika anderen zu überlassen. Im Feld würde sich jedoch sehr schnell die nächste Frage stellen: Ist es ›solidarisch‹, wenn die Schweizer Soldaten sich jeweils zurückziehen, sobald es zu Kampf- und Kriegshandlungen kommt?

Für die Linke stellt sich noch eine weitere Frage: Ein EU-Beitritt der Schweiz hat in den nächsten Jahrzehnten nur dann die Chance, eine Mehrheit zu finden, wenn die Beteiligung von Schweizer Soldaten an Kriegen ausgeschlossen werden kann. Dies lässt sich aber nur glaubwürdig versprechen, wenn die Schweiz – vor allem aber die EU-BefürworterInnen – schon heute auf Distanz zum wachsenden EU-Militarismus geht und der Schweizer Armee die Mittel und Rechte verweigert, die sie zur Beteiligung an EU-Battle-Groups und anderen Eingreiftruppen befähigen würden. Nicht nur der Franken ist im Falle eines EU-Beitritts eine Ausnahme wert. Der Frieden ist es erst recht!



Essay

Albert A. Stahel, der den globalen Neomilitarismus als kühler Analytiker beobachtet, beendet seinen Beitrag im Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft mit folgendem Aufruf: »Sollten wir beispielsweise bei diesem ›grand design‹ als Mitläufer agieren, so ist dies nicht nur zu bedauern, sondern auch zu verurteilen.« Damit würden wir »dem Ansehen der humanitären Schweiz in der Welt einen Bärendienst« erweisen. Tatsächlich macht es von einem menschlichen Standpunkt aus mehr Sinn, wenn ein Land, das seit 158 Jahren keinen Krieg mehr erleiden musste, der Welt das Friedens- statt das Kriegshandwerk zur Verfügung stellt. Ein Kriegshandwerk, das ohnehin bloss ein Teil jenes ›Long global war‹ wäre, in dem es um das Sichern von Rohstoffen und das Erringen von Macht geht.

Anmerkung und Literatur

1 Albert A. Stahel in: ASMZ 6, 2006

ISS (2004). European Defence. A proposal for a White Paper. Paris.

Stefan Luzi/Josef Lang (2005). Die Militarisierung der EU und die Schweizer Sicherheitspolitik, in: Widerspruch. Beiträge zur Sozialistischen Politik, Nr. 48, Zürich, 2005.

Josef Lang (2006). Verrat an den Roma, in Neue Wege, Zeitschrift für religiösen Sozialismus, Zürich 7/8, 2006

Corinna Hauswedell (2006). Erweiterte Sicherheit und militärische Entgrenzung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn 6/06.

Elmar Altvater (2005). Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster.

Robert Kagan (2003). Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin.

Andreas Zumach (2000). Die Geschichte der Sieger. Zur neuen Strategie der NATO, in: Stefan Reinecke (Hg.): Die neue NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg

Josef Lang (2001). Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg. Die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus, in: Widerspruch, 41/2001

Sandro Brotz, Beat Jost: CIA-Gefängnisse in Europa. Die Fax-Affäre und ihre Folgen, Zürich, 2006